

SPD

Sozial P

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

11/53

Deutsch

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Realisierung des Marshallplanes ist die Beteiligung an den Besprechungen zu klären. Die Frage ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine rechtliche - völkerrechtlich, verfassungsrechtlich.

Der Grad der Bedürftigkeit ist unterschiedlich. Daraus ergeben sich verschiedene Hoffnungen. Es ist klar, dass die Schweiz oder die skandinavischen Länder ein Problem haben wie vielleicht auch Polen.

Der Grad der größten Bedarfsdeckung ist nicht nur eine nationale Wirtschaft, sondern auch eine Weltwirtschaft. Deutschland hat ohne Zweifel bei Deutschland eine hohe und politisch-historische Aktualität und Selbstständigkeit erreicht worden und es gibt keine Alternative, die dieses von dem Land könnte.

Es ist unsinnig, etwa die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung in allen Zonen

und damit die Erhaltung der Arbeitskraft heute das Wichtigste. Unter diesem Gesichtspunkt sollte die Verteilung nach sozialen und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten erfolgen. Als das stärkste ökonomische Aktivum der Deutschen ist das Ruhrgebiet zu betrachten. Kohle, Eisen, Stahl und Grosschemie müssen funktionieren. Vor allem sollten die Ropersturwerkstätten, und hier in besonderer Weise die Werkstätten für die Verkehrsmittel arbeiten können.

Diese deutschen Interessen sind europäische Interessen. Die Deutschen können sich aber nicht auf die Vormundschaft der Siegermächte verlassen. Sie müssen selbst gehört werden, und die Siegermächte sollten ihrerseits die Initiative zur Heranziehung der Deutschen aller Zonen ergreifen. Sie sollten dabei keine Politik treiben, sich nicht mit staatsrechtlichen Dingen befassen und nicht Diktaturen demokratisch sanktionieren. Aber sie sollten wissen, dass für alle Zonen die gleichen Notwendigkeiten vorhanden sind.

Die Amerikaner haben vor allen anderen Siegern mit ihrem grosszügigen Angebot ein Stück Verantwortung vor der Welt übernommen. Sie haben einen Appell an die wirtschaftliche Vernunft Europas gerichtet. Aus Deutschland aber können nur dünne Stimmen antworten, weil die Stimme eines demokratisch geeinten ganzen deutschen Volkes als Konsequenz der Hitlerpolitik und der Zonenaufteilung fehlt. Besonders eng verbunden sind die Amerikaner mit der Wirtschaft der Bizone, die ihre ökonomische Spitze im Wirtschaftsrat hat. Sie ist das Gebiet, das sie direkt besetzt halten, ein Gebiet also, für das sie freiwillig einen höheren Grad der Verantwortung übernommen haben als für irgendeinen anderen Teil Europas.

Man muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das ganze deutsche Volk und seine Produktionsmittel am Leben zu erhalten. Aber man muss wissen, dass, wenn politisch besser Wille diesen erfolgsversprechenden Weg verhindert, die ökonomische Belohnung der Bizone den Magneten darstellen sollte, der auch die anderen Zonen an sich zu ziehen vermag. In keinem Falle darf Zeit verloren werden. Der Verlust jedes Tages bedeutet den Verlust einer ökonomisch-politischen Schlacht.

Wir veröffentlichen diesen Artikel als einen interessanten Diskussionsbeitrag, auch wenn wir mit seiner Gedankenführung nicht voll übereinstimmen.
Die Redaktion

Gibt Ruessland den Ausschlag?

Gedanken zwischen den Konferenzen

Die Tatsache eines gemeinsamen Sieges zweier verbündeter Völker hat noch nie in der Geschichte die automatische Konsequenz einer dauernd übereinstimmenden Politik gebracht. Andererseits braucht, nur weil man vorher alliiert war, die Verfolgung eigener Interessen nicht zwangsläufig zu einem Kriege führen. Gerade diese Erwartung scheint im Augenblick allgemein, einschliesslich eines grossen Teiles des deutschen Volkes.

Die Gründe für die russische Ablehnung des Marshall-Vorschlages liegen folgerichtig in der Linie der seit längem verfolgten sowjetischen Politik. Wenn man bedenkt, dass der Fünfjahresplan der UdSSR bis zum Jahre 1950 bei grösster Anstrengung nur etwa ein Drittel der Produktionskapazität der USA des Jahres 1944 erreichen kann, so ist es verständlich, dass Ruessland das Wirtschaftspotential der von ihm kontrollierten oder europäischen Staaten weiterhin locken will, umso mehr, als es sich einer geschlossenen Front gegenüber zu stehen glaubt. Der Marshall-Plan würde nach russischer Ansicht diese Länder zu einem guten Teil aus der Einflusssphäre der Sowjetunion herausziehen, und niemand könnte deshalb ernsthaft von den Russen erwarten, dass sie eine fremdstaatliche Kontrolle im eigenen Einflussbereich fröndlich begrüssen würden. Darüben erweckt ein allseitig europäisches Wirtschaftserglement naturgemäss in den Russen die Überzeugung, ein zentral gelenkter europäischer Gütertausch würde eher die westliche als die östliche Seite stärken. Und was die Reparationsleistungen anbelangt, so hat es sich in der Vergangenheit mehrfach herausgestellt, dass ein vorläufiger Verzicht zu einem endgültigen Aufgeben der Forderungen führen kann.

Weiter ist zu bedenken, dass es der Kongress ist, der die Dollar-Kredite bewilligt, und er hat bisher keinen Zweifel darüber gelassen, dass amerikanische Hilfe nicht zur Stärkung kommunistischer Positionen führen darf. Andererseits besteht vom russischen Standpunkt keine Veranlassung, dem Dampfkeessel der amerikanischen Überproduktion ein Ventil zu schaffen, zumal man in Moskau - ob zu recht oder unrecht, ist eine andere Frage - in nicht allzu fernher Zeit den Zusammenbruch der doch eine sehr schwere Krise des amerikanischen Kapitalismus erwartet.

Die Haltung der Sowjets war also im Grunde in Paris nicht andere als in Moskau oder in London. Es wurde keine neue Situation geschaffen, sondern das Verhältnis der Weltmächte zueinander nur schärfer verdeutlicht. Die russische Art, Politik zu machen, wird aber nun - dies darf man vermuten - im Westen nicht mehr so unmittelbar den Ausschlag geben, wie es bisher der Fall gewesen ist, oder mit anderen Worten, die westlichen Alliierten werden tiefgreifende Entscheidungen ohne die Russen treffen.

Marshall ist ein guter Kenner der russischen Politik. Vielleicht sind ihm die sowjetische Ablehnung und die Verweigerung eines vorläufigen Kompromisses nicht so unangenehm, wie es allgemein angenommen wird. Der Vorschlag Molotows, zuerst den Alliierten, dann den Neutralen und zum Schluss den ehemaligen Gegnern zu helfen, hätte schliesslich nur bedeutet, dem Teil des Körpers am spätesten Hilfe zu geben, der am ärgsten erkrankt ist. Die Erfolglosigkeit des letzten Pariser Treffens gibt den Amerikanern möglicherweise mehr Freiheit, als es ein russisch beeinflusster Vortrag erlaubt hätte, und der Kongress hat die Gewissheit,

dass die Döller in tatsächlich zu kontrollierende Gebiete gehen.

In Paris waren Vorstöße Drehungen zu hören, doch ist Stalin nicht Hitler, und der russische Staatsmann hat diesmal nur eine von zwei Möglichkeiten. In die russische Willensäußerungen wird vielleicht vor allem von dem gefühllosig Urteilenden - mehr hingeloggt, als sie tatsächlich behaupten könnten. Die Bereitschaft der europäischen Länder zur Zusammenarbeit nimmt täglich zu. Die Ironie der Weltgeschichte will es, dass jenes Land, das die Internationale besonders nachdrücklich auf seine Fahne geschrieben hat, nunmehr zum Verteidiger nationaler souveräner Rechte wird, und damit einer rückläufigen Entwicklung des Wortes redet. Es besteht aber keine Veranlassung, Paris als das Signal eines bevorstehenden Krieges zu betrachten. Die politische Konstellation ist den Amerikanern günstiger als den Russen. Die demagogisch gendeten Völker verlangen nach der amerikanischen Hilfe. Von den Russen aber konnte niemand erwarten, dass sie in drei Tagen die Grundsätze ihrer mehr als zwanzigjährigen Politik ändern. (b/B20/77/L/ao)

-08-

Wohin will die CDU? - Eine Erwiderung

(Bericht aus Niedersachsen)

In den "Hannoverschen Neuesten Nachrichten" vom 2.7.1947 wurde in einem Leitartikel, dessen Verfasser Herr Dr. Dr. Gerke ist, eine unsachliche Darstellung über die Vorgänge der Regierungsbildung gegeben. Ebenso wird gesagt, die Regierungserklärung habe nicht viel Positives enthalten. Gerke war Mitbeauftragter der CDU für die Unterhandlungen über die Regierungsbildung. Deshalb sind ihm der Werdengang und die Ursache des Scheiterns geläufig. Es nimmt wunder, dass Dr. Gerke das Mittel einer offensichtlich unrichtigen Berichterstattung benutzt, um die möglichen weiteren Schritte der CDU schon jetzt polemisch zu fundieren. Es mag sein, dass Herr Gerke in Erkenntnis seiner Stellung, die einzunehmen er nunmehr gezwungen ist, manches daran liegt, seine Fraktion in eine Opposition zu überleiten.

Im Interesse der Wahrheit ist festzustellen: Es stimmt nicht, dass die "unverhältnismäßig lange Zeit von 37 Tagen der Regierungsbildung in Niedersachsen nur aus den Schwierigkeiten zu erklären sei, die die SPD ihren Unterhändlern gemacht habe". Ebenfalls entspricht es nicht den Tatsachen, dass Ministerpräsident Kopf seinen Auftrag zurückgab, weil die SPD gewisse Formulierungen aus doktrinen Gründen ablehnte.

Der Ministerpräsident Kopf hat den Auftrag an den Regionalkommissionar zurückgegeben, nachdem die Fraktionen der CDU und NLP ihren Verhandlungsführern nicht mehr gefolgt waren. Herr Gerke hat vergessen, dass die Vertreter der SPD in der von ihm erwähnten Sitzung den Formulierungen zustimmten, vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Fraktion, während die CDU und die NLP ihre Zustimmung bereits im Namen ihrer Fraktion abgaben. Die Vertreter der SPD konnten das Einverständnis ihrer Fraktion nicht erlangen. Zwischen der SPD und der CDU erfolgten aldenn weitere Verhandlungen und nunmehr wurde ein Vorschlag der SPD, in dem Abänderungswünsche der Fraktionen der CDU und der NLP berücksichtigt waren, angenommen. Die Vertreter der drei Parteien verständigten sich schließlich auf eine bestimmte Formulierung, wobei es denen der SPD gelang, die Zusagen ihrer Fraktion zu erhalten, während die CDU und die NLP-Bbeauftragten keinen Erfolg bei ihren Parteien hatten.

Diese letzte Phase der Verhandlungsvorgänge hat Herr Gerke in seinem Artikel verschwiegen. Er stellt den Komplex der Regierungsbildung so dar, als wenn die Bildung der Regierung durch die Ablehnung der SPD gescheitert sei. Die CDU ist schließlich unter Vorbehalt in die Regierung eingetreten. Dies wird als ein Beweis dafür gewertet, dass sie sich nicht völlig dem Willen ihrer Wähler entziehen kann.

Der Eindruck der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Kopf war im Landtag so, dass bis in die Reihen der NLP Beifallsbekundungen bemerkt werden konnten, die etwas heftig eingestellt wurden, als man sich der

Parteidisziplin" entsann. Der Behauptung, die Regierungserklärung würde nichts Positives auf, darf mit dem Hinweis begegnet werden, dass sie alle wesentlichen Punkte des Ahlener-Programms enthält - mit dem bedeutungsvollen Unterschied, dass Kopf die Dinge akzentuierter sagte als die CDU. Die Erklärung enthält sowohl die Feststellung, dass die Hauptverantwortung bei der Militärregierung liege, als ebenso die Forderungen nach ausreichender Ernährung, gütigender Versorgung mit Halbmateriale und der notwendigen Einstellung der Demontagen.

Kopf überließ in der Erklärung jedoch nicht nur den Besatzungsmächten alle Aufgaben - wie es im Ahlener Programm geschieht - er zeigt auch die Möglichkeit einer positiven deutschen Mithilfe. Nicht einmal in dem so wichtigen Komplex der Sozialisierung ist das Geringste einer Parteidoktrin zu bemerken, wenn von Kopf erklärt wird, das überkommene kapitalistische System sei unzweifelhaft abzulehnen und unternehmen monopolartigen Charaktere müssten in Gemeineigentum überführt werden.

Wenn es die CDU mit dem sozialen Wirtschaftsaufbau herzlich meint, hätte sie keine Veranlassung, schon jetzt Miesträuben zu säen und jene Erklärung zu beargwöhnen, die den im Arbeitsprozess stehenden das Mitbestimmungsrecht in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft gewährt. Aber sie scheint es nicht ehrlich zu meinen, sondern eher gewillt, sich auf Seitenwagen in das bequemere Gelände der Opposition vorzusprechen.

(1/B20/87/L/h)

Der neue PV

Am 29. Juni 1947 ist auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg in direkter und geheimer Wahl von 357 Delegierten aus allen Bezirken der Westzonen und aus Berlin der neue Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden.

H.F.K. - Drei Punkte fallen einem aufmerksamem Beobachter auf, wenn er den bisherigen Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem neuen vergleicht: Die Anzahl der Vorstandsmitglieder hat sich von 26 auf 29, die der Beauftragten von 5 auf 7 erhöht, die Anzahl der Frauen ist von 2 auf 4 gestiegen und das Durchschnittsalter der Vorstandsmitglieder, vor allem im geschäftsführenden Vorstand, ist beträchtlich gesunken. Der Vorstand hat sich also verjüngt.

Es war zu erwarten, dass mit der ständig zunehmenden Mitgliederzahl und den immer umfangreicher werdenden Organisationsproblemen, aber auch mit der sich täglich verschärfenden politischen Lage des Arbeitsgebietes des Parteivorstandes wächst. Der Nürnberger Parteitag hat die Konsequenz daraus gezogen. Sechs Mitglieder wurden neu in den Vorstand gewählt: Herta Gotthoff, die Leiterin des Frauenbüros beim Parteivorstand, und Egon Franke, der politische Sekretär des Bezirkes Niedersachsen, als beauftragte Mitglieder. Als unbeauftragte Mitglieder wurden gewählt: Professor Dr. Karl Schmid, Tübingen, Louise Schröder, die stellvertretende Oberbürgermeisterin von Berlin, Franz Neumann, der 1. Vorsitzende der SPD Berlin, und Lies Albrecht, die stellvertretende Vorsitzende der SPD Bayern.

Das älteste Vorstandsmitglied, der 65-jährige Sekretär der SPD Franken, Julius Loemann, wird auch im neuen Vorstand des "Alterspräsidium" imhocken. Das bisherige jüngste Parteivorstandsmitglied, der 41-jährige Alfred Menz, wurde als Jüngster allerdings entthront. Sein Nachfolger ist mit 35 Jahren der Bezirkssekretär von Niedersachsen, Egon Franke, der zugleich im Landesrat von Niedersachsen einer der jüngsten männlichen Abgeordneten ist. Das Durchschnittsalter des geschäftsführenden Parteivorstandes betrug bisher 45,2 Jahre und beträgt nach dieser Wahl 43,7 Jahre. Damit hat die Sozialdemokratische Partei zweifellos bewiesen, dass die Desinteresseltheit der deutschen Jugend an der Politik für ihre Bewegung zumindest nicht zutrifft, denn eine politische Partei mit 800.000 Mitgliedern (davon 100.000 unter 35 Jahren) und mit einem Parteivorstand, der durchschnittlich 45 Jahre alt ist, kann man bestimmt nicht als "alt" bezeichnen.

8. Juli 1947

Interessant ist eine Aufstellung über die politische Vergangenheit der gewählten Vorstandsmitglieder. Die 26 Angehörigen des alten Parteivorstandes hatten insgesamt 645 Monate Haft wegen illegaler Tätigkeit im Nazireich verbüßt. Das heisst, das jeder einzelne ca. 24 Monate im KZ, Gefängnis oder Zuchthaus gewesen ist. Der neue Vorstand weist die unheimliche Liste von 695 Monaten Haft auf und hat somit den Durchschnitt von 24 Monaten pro Mitglied gehalten. Vier Mitglieder des PV konnten sich durch Emigration dem Zugriff der Hitler-Büffel entziehen - die Durchschnittshaftzeit für die, die in Deutschland bzw. in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Länder illegal gearbeitet haben, erhöht sich dadurch auf 28 Monate "pro Kopf".

Der geschäftsführende Vorstand behält seinen Sitz in Hannover. Von den nichtbesoldeten Vorstandsmitgliedern sind zwei in Berlin beheimatet, zwei in der französischen, acht in der amerikanischen und zehn in der britischen Zone. Eine Gliederung nach Berufsgruppen, aus denen die Mitglieder des Vorstandes hervorgegangen sind, ergibt folgendes Bild: Die Arbeiter- und Angestelltenschaft, der Teil unseres Volkes also, von Dr. Schumacher die "Hausmacht der Sozialdemokratie" nannte, stellt 5 Mitglieder. Damit hat dieser Teil der Parteimitgliedschaft in dem Vorstand die absolute Mehrheit. Vier Angehörige sind von Haus aus Juristen, zwei Volkswirte, zwei Journalisten, einer Landwirt, einer Beamter, einer Philologe, einer selbständiger Gewerbetreibender und zwei von vier Frauen üben den Idealberuf vieler Frauen aus: als Hausfrau und Mutter. Freilich übt ein Teil der Parteivorstandsmitglieder den erlernten Beruf nicht mehr aus. Das Vertrauen ihrer Wählerschaft und ihre politische Aktivität, ihr selbsterworbenes Können und ihre menschlichen Qualitäten haben sie in hohe Verantwortungsstellen gebracht. Fünf von ihnen sind Bürgermeister und Oberbürgermeister von deutschen Großstädten und drei sind amtierende Minister in deutschen Ländern. /b/87/1/ha/

Badisches Entnazifizationschaos

n.w. Baden-Baden. Die Entnazifizierungsmethoden in Südbaden nahmen in den letzten Monaten geradezu groteske Formen an. Das meistgelesene Blatt in Südbaden wurde das Amtsblatt der Regierung, das nicht weniger als in 8 Fortsetzungen in Beilagen von zwanzig, dreissig und noch mehr Seiten teils die gefällten Urteile bekanntgab. Erst durch diese Veröffentlichungen erfuhren die Betroffenen die gegen sie verfügten Sühnmassnahmen, die direkt Mitteilung erfolgte nicht. Diese Urteile zeichneten sich durch sich durch besonders aus, als sie durchweg wesentlich härtere Strafen erhängten, als von den zuständigen örtlichen Spruchausschüssen auf Grund tatsächlicher Kenntnis der Verhältnisse ausgesprochen worden waren. Die Strafen wurden in Freiburg von den obersten Instanzen willkürlich erhöht. Diese Urteile lösten teils Erbitterung, Verärgerung und Misgunst aus, teils aber auch grosse Heiterkeit. Es versteht sich, dass bei solchen Methoden die Entnazifizierung im Lande jedes Ansehen verlor. Die kretzende Landesversammlung hat nun mit einem neuen Gesetz eine gewisse Ordnung in den Betrieb gebracht. Neue örtliche Spruchausschüsse waren gebildet, deren Vorsitzende Personen mit der Befähigung zum Richteramt sein müssen. Um die nötige Anzahl Vorsitzender der Ausschüsse zur Verfügung zu erhalten, bestimmt eine Landesverordnung, dass Juristen und Verwaltungsbeamte zu diesen Ämtern dienstverpflichtet werden können. /b/88/136/1/ha/

Südbaden ohne Arbeitslose

n.w. Baden-Baden. Das Landesratsamt Südbaden kann in seinem Monatsbericht feststellen, dass die Zahl der Arbeitslosen mit 2.205 Männern und 691 Frauen von bisher tiefstem Stand erreicht habe. Die Arbeitskraftreserven seien nun völlig erschöpft, 24.000 Arbeitsplätze seien unbe-

setzt. Die Zahl der Beschäftigten hat innerhalb eines Jahres um 63.714 Personen zugenommen, wie beträgt jetzt 176.488 männliche und 102.149 weiblich, zusammen 278.637 Personen. Die Hauptbedarftträger sind die Landwirtschaft mit 2.516 offenen Stellen für Männer und 1.314 für Frauen, das Verk-hergewerbe mit 1.889 bzw. 144, das Metallgewerbe mit 1.667 bzw. 24, das Baugewerbe mit 1.308 männlichen und die Hauswirtschaft mit 1.982 weiblichen Kräften. Auch die Nachfrage nach weiblichem und männlichem Büropersonal, wie auch nach Ingenieuren steigt weiter an. (b/B6/236/1/ho)

Weniger Anhänger - mehr Posten

Eine interessante Entwicklung zeichnet sich in England ab. Dort haben die Kommunisten während der beiden letzten Jahre nahezu ein Fünftel ihrer Mitglieder eingebüsst. Ihre Zahl ging genau von 49.300 im Dezember 1944 auf 39.200 zurück. In der gleichen Zeit vermochten die Kommunisten jedoch ihren Einfluss innerhalb der englischen Gewerkschaftsbewegung weiter zu festigen und eine Reihe von Schlüsselpositionen zu besetzen, deren Zahl in keinem Verhältnis zu ihrer Stärke steht. Auf dem englischen Gewerkschaftskongress 1946 waren die 6.671.130 Mitglieder z.B. von insgesamt 794 Delegierten vertreten. Von diesen gehörten nicht weniger als 88 zu den Kommunisten. Das heisst, dass jeder 470 englische Kommunisten als TUC Delegierter auftrat, während sonst auf je 9.328 Stimmen ein Vertreter kam. Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Delegierten-Wahlen zum diesjährigen Gewerkschaftskongress lassen erkennen, dass das Missverhältnis noch grössere Ausmasse angenommen hat. Daraus ergibt sich einmal mehr die Absicht der Kommunisten, auf dem Weg über die Gewerkschaften grösseren politischen Einfluss zu gewinnen. Dieser Absicht entspricht auch die Forderung, dass jede Gewerkschaft das Recht erhalten soll, ihre Vertreter für jegliche Versammlung selbst in freier Wahl zu bestimmen, i.h. also auch zum jährlichen Parteitag der Labour-Party, der bisher Kommunisten fest verschlossen war. /m/Blo/87/1/ho/

Land ohne Labour Zeitung

Australien hat wie England eine sozialistische Regierung, besitzt jedoch kein einziges Labour-Organ. Alle Zeitungen sind - von einer Ausnahme abgesehen - regierungsfeindlich eingestellt und greifen mitunter auch die englische Labour-Party scharf an, weil sie glauben, so die eigene Regierung zu schaffen. Ihre Meinung hat insofern die australische Wählerschaft bisher nicht beeinflussen können, denn sie hat sich in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen mit grosser Mehrheit für die Labour-Regierung ausgesprochen. /m/Blo/87/1/ho/

Verantwortlich: Peter Raunau, Hannover